

## **Politiker blähen EU-Vorgaben unnötig auf**

**– Intergruppe Nachhaltige Jagd: Wildfleischverordnung europaweit einheitlich umsetzen und Feuerwaffenrichtlinie nur an UN-Vorgaben anpassen –**

Mitte Februar diskutierte die Intergruppe Nachhaltige Jagd, Biodiversität und Ländliche Aktivitäten des Europäischen Parlaments über jagdpolitische Fragen. Im Fokus standen unter anderem die Lebensmittelhygiene-Verordnung und die bürokratischen Hürden bei der Umsetzung. Die Intergruppe will darauf reagieren und die Europäische Kommission jetzt auffordern, einen Leitfaden für Wild und Wildfleisch vorzubereiten, der eine EU-weit einheitliche Interpretation ermöglicht.

Experten machten deutlich, wie praxisfern derzeit Begriffe wie „Wildfleischverarbeitung“ und „kundige Person“ interpretiert werden. Der ehemals zuständige Berichterstatter des Umweltausschusses im EU-Parlament, Veterinär Dr. Horst Schnellhardt, MdEP, bestätigte auf der Sitzung, dass die angesprochene Auslegung weit über die EU-Absichten hinausginge, aber keinen besseren Verbraucherschutz zur Folge hätte, sondern die Abgabe von Wildbret extrem behindere. Bleibt abzuwarten, wie die in Kürze vom Bundeslandwirtschaftsministerium erwartete Bundesverordnung aussieht.

Ein zweiter Schwerpunkt der Tagung war die geplante Überarbeitung der Feuerwaffenrichtlinie. Der vorliegende Kommissionsvorschlag sieht lediglich einige technische Änderungen vor, um die Richtlinie an das entsprechende UN-Protokoll anzupassen. Hingegen will die Berichterstatterin im Binnenmarkt-Ausschuss, die Deutsche Gisela Kallenbach von den Grünen, Besitz und Erwerb von Feuerwaffen künftig auch für Jäger deutlich erschweren. Mehrere EU-Abgeordnete, sowie Experten vom Forum Waffenrecht und von FACE, dem Dachverband europäischer Jägervereinigungen, widersprachen dem: Restriktionen für den legalen Waffenbesitz könnten Kriminalität und Terrorismus nicht einschränken. Vielmehr würden legale Besitzer bestraft, die nie ein Risiko für die öffentliche Sicherheit darstellten. „Die Intergruppe Nachhaltige Jagd und der DJV werden die Diskussion weiterhin aufmerksam begleiten“, betonte DJV-Hauptgeschäftsführer Goddert von Wülfing in Straßburg.